

## BÖRSE AKTUELL

Xetra-Dax	5.369,98	+0,32%
M-Dax	6.415,88	+0,34%
Tec-Dax	670,80	+0,33%
Euro Stoxx 50	2.662,01	+0,71%
FTSE 100	4.690,53	+0,93%
Dow Jones	9.256,26	-0,27%
Nasdaq	1.973,43	-0,98%
Nikkei	10.388,09	+1,32%
Bundesanleihe (10J.)	3,32	±0,00%
Euro (\$ für 1 Euro)	1,4370	-0,28%
Gold (\$ je Feinunze)	960,75	-0,39%
Umlaufrendite	3,12	±0,00%
Ölpreis (Brent, \$/Barrel)	74,66	+0,85%

Nikkei - © Nihon Keizai Shimbun, Inc.

## Dax im Plus

**Bremen (blb).** Der deutsche Aktienmarkt verbuchte gestern nach zwei Verlusttagen wieder Gewinne. Für Unterstützung sorgten gute Konjunkturdaten, berichtet Birgit Behnen vom Asset-Management der Bremer Landesbank. Die Anleger hatten erneut eine Flut an Quartalsbilanzen zu verkaufen. Die Zinsentscheidung der EZB hinterließ kaum Spuren. Eine schwächelnde Wall Street kostete den Markt gegen Handelsende allerdings wieder einen Großteil seiner Gewinne. Der Leitindex Dax schloss schließlich 0,32 Prozent höher bei 5369,98 Punkten, nachdem er am Nachmittag noch bis auf 5422,02 Punkte gestiegen war.

## „Bedrohte Banken unter staatliche Verwaltung“

**Berlin (dpa).** Als Konsequenz aus der Finanzmarktkrise sollen von Insolvenz bedrohte Banken künftig unter staatliche Verwaltung gestellt werden können. Das sieht ein Gesetzentwurf von Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) vor. Der Minister wolle mit dieser Initiative verhindern, dass Banken leichtfertig Risiken eingehen, sagte ein Ministeriumssprecher. Das Problem bei der Sanierung systemrelevanter Banken sei die mangelnde Insolvenzfähigkeit, heißt es in der Erläuterung für das Regelwerk. Das geltende Insolvenzrecht ist nach Auffassung Guttenbergs nicht geeignet, für das Wirtschaftssystem bedeutende Banken zu restrukturieren. Der Staat würde bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Banken regelmäßig gezwungen sein, die Institute mit Steuermitteln zu stabilisieren. Dies könnte Banken dazu verleiten, künftig wieder leichtfertig Risiken einzugehen, heißt es. Der Staat dürfe aber Steuergelder nicht ziellos versickern lassen.

## DIE GUTE NACHRICHT

## Deutlich mehr Aufträge für deutsche Industrie

**Berlin (dpa).** Die deutsche Industrie hat auch im Juni wesentlich mehr Aufträge an Land gezogen als erwartet. Die Auftragseingänge seien im Vergleich zum Vormonat um 4,5 Prozent gestiegen, teilte das Wirtschaftsministerium gestern mit. Volkswirte hatten nur mit einem Plus von 0,7 Prozent gerechnet. Bereits im Vormonat hatten die Bestellungen um 4,4 Prozent zugelegt. „Nach dem kräftigen Einbruch im Winterhalbjahr 2008/2009 hat sich die Bestellfähigkeit in der Industrie seit nunmehr vier Monaten in Folge nachhaltig belebt“, erklärte das Ministerium. Deutliche Impulse erhielt die Industrie im Juni aus dem Ausland. Hier legten die Orders um 8,3 Prozent zu, während der Zuwachs aus dem Inland bei 0,2 Prozent lag.

## HRE: Gericht schlägt Kompromiss im Streit um Schadensersatzforderungen vor

Von Reinhard Wirtz

**München.** Im Prozess um Schadensersatzforderungen an die einstige Hypo Real Estate AG (HRE) hat das Landgericht München gestern einen Kompromiss vorgeschlagen. Die HRE könne den geltend gemachten Schaden teilweise oder ganz zahlen, sofern Aktienkäufe zwischen Ende November 2007 und Mitte Januar 2008 betroffen seien. Eine Entscheidung wurde für Januar 2010 angekündigt.

In dem Verfahren geht es um Forderungen von 40 institutionellen Anlegern, darunter Kapitalanlagefonds wie die Fondsgesellschaft der Allianz und die Deka der Sparkassen. Die Kläger fordern von der HRE Schadensersatz in Höhe von 320 Millionen Euro. Sie werfen der HRE vor, sie zeitweise über

## „Keine Boni-Exzesse in Bremen“

Bankenverband: Leistungsanreize bleiben wichtig / Steinbrück kritisiert Banker

Von Reinhard Wirtz

**Bremen.** Sollen Bankvorstände auch dann Bonuszahlungen erhalten, wenn ihr Kreditinstitut in die Miesen gerutscht ist? Wenn ja, wie viel ist angemessen? Sollten Boni gewährt werden, auch wenn eine Bank schon am staatlichen Tropf hängt? Wie sind Bonus-Forderungen zu beurteilen, die von Bankmanagern erhoben werden, die bereits geschasst wurden? Und: Gehören Boni einfach dazu, oder würde das Bankensystem auch ohne sie funktionieren?

Antworten auf solche Fragen, die in der Öffentlichkeit derzeit stark diskutiert werden, scheinen vor Ort weniger Zündstoff zu haben. Im Bremer Bankenalltag „finden die wilden Exzesse, von denen wir immer wieder gelesen haben, nicht statt“, sagt Thomas Schütze, Vorstand bei der Bankhaus Neelmeyer AG und Vorstandsvorsitzender des Bankenverbands Bremen. Variable, leistungsabhängige Gehaltsbestandteile „in den Umfängen, wie sie zur Zeit meist zu Recht kritisiert werden“, gebe es im Finanzsektor lediglich beim Investmentbanking, allerdings auch in anderen Wirtschaftsbereichen. „Damit scheidet der Bankenplatz Bremen naturgemäß aus“, meint Schütze.

Allerdings müsse es weiterhin jedem Unternehmen überlassen bleiben, über seine Vergütungen zu befinden. Der Bonus sei Anreiz und Belohnung für Erfolg. Er fördere Leistung und Verantwortung. Er müsse jedoch als langfristige Erfolgsbeteiligung angelegt werden, erfolgsabhängig sein und mit der Geschäftsentwicklung verknüpft werden. Anreize für „wilde Risiken“ dürften ebenso wenig gewährt werden wie Boni für Fehlleistungen.

Prinzipiell könne es Bonuszahlungen auf fast allen Verantwortungsstufen der Bank geben. Auch bei Tarifangestellten seien Sonderzahlungen zugelassen. Wofür werden Bonuszahlungen üblicherweise gewährt? „Beispielsweise für fehlerfreies Arbeiten, wenn jemand eine sehr hohe Qualität abliefern, wenn neue Kunden gewonnen werden, für Kundenzufriedenheit, für das Gewinnen neuer Kunden“, sagt Schütze. Was ist mit der Marge, der Profitabilität, der Rendite? „Wenn Unternehmen Erfolg haben, sollen die Mitarbeiter daran auch beteiligt werden“, sagt der Vorsitzende des Bankenverbands. Gewissensfrage: Was geschieht mit den Boni, wenn die Bank rote Zahlen schreibt? Wenn es feste Verträge gebe, müssten sie individuell überprüft werden, sagt Schütze. Was noch vor ein oder zwei Jahren möglich gewesen sei, werde heute auf den Prüfstand gestellt. Schütze: „Die Banken überprüfen inzwischen ihre Vergütungsvereinbarungen, das höre ich auch aus dem Bundesverband.“

Bundesweit sind es die spektakulären Fälle, über die heiß diskutiert wird, wie Vorgänge bei der Hypo Real Estate (siehe Bericht unten auf dieser Seite), bei der Dresdner Kleinwort oder bei der Deutschen Bank. Es geht auch um Landesbanken wie



Thomas Schütze, Vorstandsvorsitzender des Bankenverbands Bremen.

FOTO: JOCHEN STOSS

die HSH Nordbank, die nordrhein-westfälische WestLB oder die baden-württembergische LBBW, die reichlich Geld vom Steuerzahler erhielten, bei denen Bonuszahlungen aber kein Tabu zu sein scheinen. So bekamen Vorstandsmitglieder der WestLB für 2008 im Schnitt mehr als eine Million Euro Jahresgehalt. Bonuszahlungen für 2009 werden nicht ausgeschlossen, obwohl rund 100 Millionen aus dem Landeshaushalt herhalten müssten, um die Bank abzusichern.

Demgegenüber verlangte Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in der ARD-Sendung „Panorama“ gestern: „Wo Banken über Garantien hinaus mit Kapital gestützt werden, erwarte ich von den Ländern, dass

sie ähnliche Auflagen wie der Bund machen.“ Wo der Bund Hilfestellung leistete, gelten vergleichsweise strenge Regeln: Die Bankvorstände dürfen nicht mehr als 500.000 Euro Jahresgehalt verdienen, Boni sind tabu. Gegenüber der „Passauer Neuen Presse“ kritisierte Steinbrück: „Manche Aufsichtsräte und Manager leben in einer anderen Welt. Die haben den Knall nicht gehört. Sie sind verantwortlich dafür, dass die Zustimmung zu unserem Wirtschaftssystem abnimmt.“ Zugleich kritisierte er, dass die CDU die SPD-Forderung ablehne, die steuerliche Abzugsfähigkeit von Bonuszahlungen einzugrenzen. So finanziere der Steuerzahler hohe Boni weiter voll mit.

## Commerzbank weiter tiefrot

Dennoch soll bald auf Teil der Staatshilfe verzichtet werden

**Frankfurt/M. (dpa).** Die vom Staat mit Milliarden gestützte Commerzbank will trotz tieferer Zahlen schon bald auf einen Teil der erhaltenen Staatshilfe verzichten. Die zweitgrößte deutsche Bank wird Garantien in Höhe von fünf Milliarden Euro vorzeitig an den Staat zurückgeben. Von der Gewinnzone bleibt der Dax-Konzern aber weit entfernt. Im zweiten Quartal wies die Bank unter dem Strich einen Verlust von 746 Millionen Euro aus. Negativ zu Buche schlugen Abschreibungen infolge der Finanzkrise, Kosten für die Integration der Dresdner Bank und hohe Rücklagen für Kreditausfälle. Im Gesamtjahr erwartet das Institut einen Verlust, über die Höhe schweigt der Vorstand noch.

„2009 bleibt ein herausforderndes Jahr, aber wir sind auf dem richtigen Weg“, sagte Bankchef Martin Blessing. Im vergangenen Jahr hatte das Institut sechs Milliarden Euro Verlust verbucht und musste mit Garantien und Staatshilfe in Höhe von 18,2 Milliarden Euro gestützt werden. Als Auflage muss sich die Commerzbank unter anderem von

ihrer Immobilientochter Eurohypo trennen. Das teilverstaatlichte Institut profitierte im zweiten Quartal stärker als gedacht von der Erholung der Finanzmärkte. Der operative Verlust drittelte sich im Vergleich zum Auftaktquartal auf 201 Millionen Euro, das war besser als am Markt erwartet.

Die Finanzkrise hinterlässt aber Spuren. Trotz der Erholung der Märkte musste die Bank erneut 279 Millionen Euro auf Schrottpapiere abschreiben, die in der Finanzkrise enorm an Wert verloren hatten. Der Großteil dieser Papiere war mit dem Kauf der Dresdner Bank in den Konzern gelangt. Die Integration der im vergangenen Jahr übernommenen Dresdner belastet die Commerzbank weiter, im zweiten Quartal mit 200 Millionen Euro. Bei der Eingliederung wurden bereits 1800 Stellen gestrichen, sagte Finanzvorstand Eric Strutz. „Damit sind wir schneller als geplant vorangekommen.“ Insgesamt sollen 9000 Stellen wegfallen, 6500 davon in Deutschland. Ende Juni beschäftigte die Bank noch knapp 66.500 Menschen.

wichtige Ad-hoc-Informationen im Unklaren gelassen oder getäuscht zu haben.

Carsten Schneider, haushaltspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und stellvertretender Vorsitzender im Gremium zu Fragen der Kreditwirtschaft des Bundes, sagte im Gespräch mit dieser Zeitung, er sehe die Schadensersatzansprüche an die HRE „mit gemischten Gefühlen“. Ohne die Rettungsmaßnahmen des Bundes wäre die HRE heute pleite. Jetzt wollten die Aktionäre und Fonds „mehr, als der Kurs der Aktie hergegeben hat – und auch noch Schadensersatz“.

Die Kläger in dem jetzigen Verfahren vor dem Münchner Landgericht werfen der HRE unter anderem vor, wichtige Informationen zwischen dem 11. Juli 2007 und dem 4. Oktober 2008 nicht rechtzeitig, falsch, un-

vollständig oder gar nicht kommuniziert zu haben. Möglicherweise galt dies auch gegenüber der Bankenaufsicht (BaFin). Zu der Frage, ob die BaFin sich einer derartigen Klage nicht inhaltlich anschließen müsste, sagte Schneider, die Bankenaufsicht habe keinen Vermögensschaden erlitten, daher brauche sie nicht anzutreten.

Spannend sei die Frage aber gleichwohl. Schneider: „Ich würde sie dem alten Management unter Vorstands-Chef Funke stellen. Denn quasi über Nacht zuzugeben, dass eine ausländische Tochter vor der Zahlungsfähigkeit steht und die ganze Bank wackelt, erscheint mir schon ein starkes Stück.“

Kritiker argumentieren in diesem Zusammenhang immer wieder, der Bund verfüge auf Arbeitsebene entweder nicht über genü-

## Sparkurs stabilisiert Telekom

Griechenland-Beteiligung lässt Umsatz und Gewinn steigen

**Bonn (dpa).** Die Deutsche Telekom hofft nach einem durchwachsenen ersten Halbjahr auf den Rest des Jahres. „Wir haben immer noch viel Arbeit vor uns, um die Prognose zu erreichen“, sagte Telekom-Finanzchef Timotheus Höttges gestern. Harte Kosteneinsparungen halfen im zweiten Quartal, die Entwicklung etwas zu stabilisieren. Im April hatte der Konzern seine Gewinnerwartungen für 2009 wegen einer schwächer als erwartet ausgefallenen Entwicklung in den USA, Großbritannien und Polen gekappt. Die Zahl der Festnetzanschlüsse in Deutschland sank im zweiten Quartal deutlich geringer um 470.000 auf rund 27 Millionen. Im Vorquartal hatte es noch einen Rückgang um 600.000 Anschlüsse gegeben.

Auf dem Heimatmarkt kämpft der Ex-Monopolist wegen des harten Preiswettbewerbs und regulatorischer Einschnitte unterdessen weiter mit sinkenden Umsätzen. Im Vergleich zum Hauptkonkurrenten Vodafone habe sich die Telekom im Mobilfunk aber gut geschlagen, sagte Commerzbank-Analyst Heike Pauls.

gend Fachkompetenz, um Vorgänge wie diejenigen, die zum Desaster bei der HRE geführt haben, rechtzeitig und im Detail zu erkennen oder einzuschätzen. Oder aber, die Kompetenz sei vorhanden, aber zu zersplittert. Gemeint ist dabei besonders die Arbeitsteilung zwischen Notenbank, Bankenaufsicht und Finanzministerium.

An der Fachkompetenz der beteiligten Institutionen bestehe keinerlei Zweifel, sagte Carsten Schneider gestern. Ob die Aufgaben sinnvoll verteilt seien, müsse anhand der Effektivität und des Erfolgs beurteilt werden. In einem Punkt erwarte er aber von der BaFin schon Klarheit: „Ist sie zu stark abhängig davon, was die Banken ihr mitteilen, oder kann sie sich die notwendigen Informationen auch selbst beschaffen und überprüfen?“

## Auftrags-Hoch bei OHB Technology

Ariane 5 sorgt für Rekordniveau

Von Reinhard Wirtz

**Bremen.** Mit einem Auftragsbestand von fast 830 Millionen Euro liegt der Bremer Luft- und Raumfahrtkonzern OHB Technology AG auf Rekordniveau. Bezogen auf den Stichtag 30. Juni hat die Gruppe damit gegenüber dem Vorjahr (406 Millionen Euro) das Auftragsvolumen mehr als verdoppeln können. Der Grund liegt hauptsächlich beim Zuschlag für Leistungen, die OHB für das nächste Produktionslos über 35 Exemplare der europäischen Träger Rakete Ariane 5 erbringt. Schon seit Längerem ist das Unternehmen mit einem Anteil von rund zehn Prozent an der Fertigung beteiligt. Weitere Zuwächse im Auftragsbestand resultieren aus Aufträgen im Rahmen des Kleinsatelliten- („Small-Geo“) Programms Hisarsat sowie beim Galileo-Vorhaben, wie ein OHB-Sprecher gestern erläuterte.

Für den Vorstandsvorsitzenden Marco R. Fuchs unterstreicht das prall gefüllte Auftragsbuch die Bedeutung, die sich die Gruppe inzwischen in der europäischen Raumfahrt sichern konnte. Fuchs: „Die etablierte Position des OHB-Konzerns in der europäischen Raumfahrtindustrie spiegelt sich auch im Zuwachs des Auftragsbestands wider.“

Mit einer Gesamtleistung von 69,3 Millionen Euro im ersten Halbjahr 2009 bleibt die Sparte „Raumtransport und Aerospace Strukturen“ der wichtigste Geschäftsbereich bei OHB, gefolgt von „Nutzlasten und Wissenschaft“ (35,2 Millionen Euro), „Raumfahrtssysteme und Sicherheit“ (33,1 Millionen Euro) sowie „Telematik und Satellitenbetrieb“ (7,2 Millionen Euro).

Der Anstieg der Bilanzsumme zum Stichtag 30. Juni um 17 Prozent auf 360,4 Millionen Euro steht im Zusammenhang mit zahlreichen Projekten, die OHB derzeit umsetzt, wie der Halbjahresbericht zeigt. An der Börse vollzog das im Primestandard notierte OHB-Papier in den zurückliegenden Wochen im Wesentlichen die Dax-Entwicklung mit leichtem Abstand nach unten mit.

## Eurozins noch länger auf Tiefstand

**Frankfurt/M. (dpa).** Die Europäische Zentralbank (EZB) sieht die Wirtschaft noch vor schwierigen Monaten, erwartet aber im kommenden Jahr eine Erholung der Konjunktur. „Es gibt immer mehr Anzeichen, dass die globale Rezession den Tiefpunkt durchschreitet“, sagte EZB-Präsident Jean-Claude Trichet gestern. Auf ihrer Ratssitzung in Frankfurt beließ die EZB den Leitzins auf dem historischen Tiefstand von 1,0 Prozent und deutete keine schnelle Änderung an. Bei der Inflation rechnet Trichet zu nächst noch mit negativen Jahresraten, die später in diesem Jahr aber wieder über Null steigen dürften. Im Juli war die jährliche Teuerungsrate im Eurogebiet auf minus 0,6 Prozent gefallen.

In den USA, Großbritannien und Polen hatte die Telekom wie angekündigt kräftig an der Kostenschraube gedreht und ihre Margen verbessert. In den USA waren die Kosten um 300 Millionen Dollar zurückgefahren worden. „Diese Gegensteuerung wird sich im zweiten Halbjahr weiter auszahlen“, sagte Konzernchef René Obermann. Trotzdem rechnet der Telekom-Chef im US-Geschäft, dem wichtigsten Wachstumstreiber des Konzerns, im laufenden Quartal noch nicht mit einer Trendwende. Auf Dollarbasis stagnierten die Umsätze.

Insgesamt konnte die Telekom im zweiten Quartal ihren Umsatz und operativen Gewinn dank der im Februar konsolidierten griechischen Telekomgesellschaft OTE steigern. Der Umsatz legte um 7,4 Prozent auf 16,2 Milliarden Euro zu, das bereinigte Ergebnis stieg um 8,4 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro. Ohne den Beitrag der griechischen Telekomgesellschaft, an der der Konzern seit Ende Juli 30 Prozent plus eine Aktie hält, wären Umsatz und Gewinn gesunken.

Mehrere derjenigen Kläger, die gestern vor dem Landgericht in München gegen die HRE antraten, wollen nun ein Musterverfahren in Gang bringen, in dem nicht jeder Fall einzeln geklärt werden müsste. In einem solchen Verfahren könnten Teilfragen zur Klärung gebündelt und der nächsthöheren Instanz vorgelegt werden.

Gegen diese Entscheidung gäbe es dann nur noch eine Revisionsmöglichkeit beim Bundesgerichtshof, wie Andreas Tilp, Rechtsanwält der Kläger in dem Münchner HRE-Verfahren, gestern gegenüber dieser Zeitung erläuterte. Daraus könnte sich für die Bundesregierung ein langfristiges juristisches Tauziehen über Schadensersatzansprüche ergeben: Nach den bisherigen Rettungsmaßnahmen für die HRE hält der Bund rund 90 Prozent der Anteile.